

VERWALTUNGSGERICHT DÜSSELDORF
IM NAMEN DES VOLKES
URTEIL

Verkündet am: 29. September 2017

Ryschka
Verwaltungsgerichtsbeschäftigte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
des Verwaltungsgerichts

17 K 12388/17

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

der Profitex GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer, Hansastraße 118,
44866 Bochum,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Schumacher und Partner,
Frankenstraße 362, 45133 Essen, Gz.: 682/17L01,

g e g e n

den Kreis Viersen, vertreten durch den Landrat des Kreises Viersen, Rathausmarkt 3,
41747 Viersen, Gz.: 66/20-012.07.008,

Beklagten,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Gruneberg und andere,
Vogelsanger Straße 321, 50827 Köln,

w e g e n Abfallbeseitigungsrechts (Untersagung einer gewerblichen Sammlung)

2

hat Richter am Verwaltungsgericht Dr. Hüsken
als Einzelrichter
der 17. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
auf Grund der mündlichen Verhandlung
vom 29. September 2017

für **R e c h t** erkannt:

**Soweit die Beteiligten den Rechtsstreit übereinstimmend in der
Hauptsache für erledigt erklärt haben, wird das Verfahren eingestellt.**

Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

**Die Kosten des Verfahrens tragen die Klägerin zu 3/4 und der
Beklagte zu 1/4.**

**Das Urteil ist wegen der Kosten gegen Sicherheitsleistung in Höhe
von 110 % des aufgrund des Urteils jeweils zu vollstreckenden
Betrages vorläufig vollstreckbar.**

T a t b e s t a n d :

Die Klägerin wendet sich gegen die Untersagung der gewerblichen Sammlung von Alttextilien im Kreisgebiet des Beklagten.

Die Klägerin, ein bundesweit tätiges Unternehmen, das nach eigenen Angaben Alttextilien mittels Containern sammelt, zeigte mit Schreiben vom 25. Juli 2012 (Eingang beim Beklagten: 30. Juli 2012), vertreten durch ihren seinerzeitigen Mitarbeiter Norbert Wolf, die von ihr im Kreisgebiet des Beklagten durchgeführte gewerbliche Sammlung von Alttextilien aus privaten Haushalten nach § 18 Abs. 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) an. In der Anzeige gab die Klägerin an, 16 Mitarbeiter und 16 Sammelfahrzeuge zu haben und im Jahr ca. 100 t Alttextilien im Bringsystem mittels Container zu sammeln, die sodann nach der Zwischenlagerung von der VIVE Textile Recycling Sp. z o.o. verwertet werden.

Geschäftsführer der Klägerin im Zeitpunkt der Sammlungsanzeige war Marcin Krzystof Durlo. Am 5. September 2013 wurde Herr Durlo als Geschäftsführer abberufen und Volker Kreiber zum neuen Geschäftsführer der Klägerin bestellt. Zugleich wurde Herrn Durlo Einzelprokura erteilt. Am 12. Dezember 2014 ist die Einzelprokura von Herrn Durlo erloschen und Helmut Methling, der bereits vor dem Geschäftsführer Marcin Krzystof Durlo Geschäftsführer der Klägerin gewesen ist, wurde Einzelprokura erteilt. Am 18. Januar 2016 wurde der Geschäftsführer Volker Kreiber abberufen und Helmut Methling unter gleichzeitigem Erlöschen der ihm am 12. Dezember 2014 erteilten Einzelprokura zum Geschäftsführer der Klägerin bestellt. Der Mitarbeiter Norbert Wolf, der bei der

r ls L
12 n
u lt e i
v l ig un o i
i c r i b o z r 01 wei un
h a v n i
i c i i
i i
r i i
g l h
nl ri l u i
i
Kl ri rh l

h l c il
v 2. 0 7 2/ 7 1 -, v 2 .
20 301 d 2 1)
h (U v 1 e 7) u
s G se he (l i
2 u 2 1 2 / - 9 3/) v
so i i e li n S l v o N D n r
2 l
li i h i
il l g n h r,
o o l i h i l
r e L i i i n
n ic re
o n o l l i i
S hn ho rl i
iv n v li
il u ch D o
k d O l n N
(o 22 D 20 /1 -20 -, 77/
- n 20 2 /1 -, o 29. e 2 01 e o
1 -2 7 4/ - 8 /15 - u -2 7 /1) hi e n
Kl n la n e h i r li h
U i r ri it le d
g ch g (U i 2 20 7 /) n o
i n i ic h r n d i
(kt n i h B /) r i g l
hr 0 ur uch V n c (l ss o

Januar 2013 – 1 L 542/12 –) festgestellt, dass die Klägerin im Gebiet der Stadt Leipzig illegal insgesamt 760 Altkleidersammelcontainer ohne vorherige Einholung einer Sondernutzungserlaubnis aufgestellt hat. Diese Entscheidung ist rechtskräftig, nachdem die Beschwerde der Klägerin durch das Sächsische Obergericht (Beschluss vom 25. März 2013 – 1 B 300/13 –) zurückgewiesen wurde.

Mit Schreiben vom 25. August 2016, 22. September 2016 und 20. März 2017 wurde der Klägerin seitens des Beklagten mitgeteilt, ihre Sammlungsanzeige werde zurzeit erneut geprüft. Sie wurde in diesem Zusammenhang abermals aufgefordert, ihre Sammlungsanzeige zu vervollständigen, insbesondere ihre Containerstandorte im Kreis Viersen offenzulegen. Daraufhin machte die Klägerin unter dem 10. Oktober 2016 und dem 4. April 2017 weitere Angaben zu ihrer Sammlung und legte entsprechende Unterlagen vor. Sie übersandte u.a. eine Stellplatzliste ihrer im Kreis Viersen aufgestellten Altkleidersammelcontainer und teilte mit, sie lasse diese insgesamt 34 Container von ihrem Drittbeauftragten, Oleg Schröder, entleeren.

Am 2. Mai 2017 forderte der Beklagte den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 18 Abs. 4 KrWG zu der von der Klägerin angezeigten Sammlung auf. Die Stellungnahme des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers wurde mit Schreiben vom 19. Mai 2017 vorgelegt.

Mit Schreiben vom 19. Juni 2017 hörte der Beklagte die Klägerin zur beabsichtigten Untersagung der von ihr angezeigten gewerblichen Sammlung an. Insoweit führte er aus, es seien Tatsachen bekannt geworden, aus denen sich Bedenken gegen ihre Zuverlässigkeit ergäben. Im Übrigen stünden der angezeigten gewerblichen Sammlung überwiegende öffentliche Interessen entgegen, deren Einhaltung anders nicht zu gewährleisten sei. Die Klägerin nahm mit Schreiben vom 22. Juni 2017 zur beabsichtigten Sammlungsuntersagung Stellung.

Mit Bescheid vom 4. Juli 2017 (zugestellt am 7. Juli 2017) untersagte der Beklagte der Klägerin im Gebiet des Kreises Viersen (Kempen, Nettetal, Tönisvorst, Viersen, Willich, Brüggel, Grefrath, Niederkrüchten, Schwalmatal) eine gewerbliche Sammlung von Abfällen im Sinne des § 18 KrWG durchzuführen (Ziffer I.). Der Klägerin wurde aufgegeben, alle von ihr und in ihrem Auftrag von Drittfirmen aufgestellten und betriebenen Container in dem unter Ziffer I. genannten Gebiet innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Bescheides zu entfernen und die darin enthaltenen Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen (Ziffer II.). Die sofortige Vollziehung der Ziffern I. und II. des Bescheides wurde angeordnet (Ziffer III.). Für den Fall, dass die Klägerin nach Ablauf von zwei Wochen ab Zustellung des Bescheides gegen die Anordnung unter Ziffer I. des Bescheides verstoßen sollte, drohte der Beklagte ihr für jeden Fall der Zuwiderhandlung ein Zwangsgeld in Höhe von 5.000,00 Euro an (Ziffer IV.). Für den Fall, dass die Klägerin der Anordnung unter Ziffer II. des Bescheides nicht fristgemäß nachkommen sollte, drohte der Beklagte ihr die Ersatzvornahme an und bezifferte die vorläufigen Kosten der Ersatzvornahme auf 6.600,00 Euro (Ziffer V.). Der Beklagte stützte die verfügte Sammlungsuntersagung auf § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 und 2 KrWG. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt,

e i si Kl i i 1
2 l D rin i n
lt lco l
, o l ic l i hli
il c i l l
i S do l e l
T l V o in (r l ru 2 ü r
l (n ,
) - r - c l i
l ()
13)
l) l ()
r el l) i l h n
lr lc l i n i li n
U n i
i i i
l u ,
l eng i d i
m ß 1 bs S . 2
n wei r i e ö l se i i
e e
i i h 1 J 20 n in t
1
u h i o l l n u s e i l
ri o Ne g i
il S l
om i i
v h t c i
i ll r sw n n
1 v l n e
i i i u v 2 1
or l l i h
i l si e o se r
n ss i n i o
D n le c a l rd i v s i
A i rco ai h e o i l
n on m l r r i
fern n V ne i h 1 C i
i V r sch vo g r Z i i n i t l n o
n l ll d o i
n h 2 o
V v o u l sc ft u e

Amt erst seit Januar 2016 aus und sei für Rechtsverstöße, die vor diesem Zeitpunkt festgestellt worden seien, nicht verantwortlich. Dies gelte ungeachtet der Tatsache, dass der aktuelle Geschäftsführer bereits seit Dezember 2014 als Einzelprokuriert der Klägerin tätig gewesen sei, weil er in dieser Funktion keine Verantwortung für die Durchführung der gewerblichen Sammlungen getragen habe. Die früheren Geschäftsführer, Marcin Krzystof Durlo und Volker Kreiber sowie ihr früherer Sammlungsbeauftragter Norbert Wolf seien nicht mehr bei ihr angestellt. Das Arbeitsverhältnis mit Herrn Norbert Wolf sei zum 30. Juni 2016 beendet worden. Mit den personellen Veränderungen sei auch eine Neuorganisation der Arbeitsabläufe einhergegangen. Es seien detaillierte Arbeitsanweisungen für die einzelnen Mitarbeitergruppen erstellt worden, um in Zukunft etwaigen Verstößen gegen öffentliches Straßenrecht und private Verfügungsbefugnisse bei der Aufstellung von Altkleidersammelcontainern entgegenzuwirken. Ihre Mitarbeiter seien insbesondere angehalten zu prüfen, ob sich der jeweilige Aufstellort auf Privatgelände befinde und der jeweilige Vertragspartner eine Verfügungsberechtigung hinsichtlich der anzumietenden Fläche habe. Die vom Beklagten angeführten Gerichtsentscheidungen seien gleichfalls nicht geeignet, Bedenken gegen ihre Zuverlässigkeit zu begründen. Diese lägen überwiegend schon geraume Zeit zurück, seien inhaltlich wegen unzureichender Würdigung des Sach- und Streitstandes nicht überzeugend und berücksichtigten im Übrigen nicht die von ihr zwischenzeitlich vorgenommenen personellen und organisatorischen Veränderungen. Die in der Vergangenheit liegenden Vorgänge, die Gegenstand der gerichtlichen Entscheidungen gewesen seien, könnten ihrem aktuellen Geschäftsführer nicht vorgeworfen werden. Darüber hinaus sei das vom Beklagten im Bescheid zitierte Urteil des Verwaltungsgerichts Göttingen noch nicht rechtskräftig, nachdem das Niedersächsische Obergericht hiergegen die Berufung zugelassen habe. Ihre Unzuverlässigkeit folge auch nicht aus einer fehlenden Bereitschaft zur Transparenz und Aufklärung, denn sie habe im Rahmen des Anzeigeverfahrens stets alle erforderlichen Angaben gemacht und die entsprechenden Unterlagen vorgelegt. Klarzustellen sei, dass sie ihre abfallrechtliche Unzuverlässigkeit für die Vergangenheit nicht eingeräumt habe. Sie habe jedoch die aus ihrer Sicht zu Unrecht ergangenen Entscheidungen von Behörden und Gerichten zum Anlass genommen, organisatorische Veränderungen vorzunehmen. Es bestünden auch keine Bedenken gegen die Zuverlässigkeit ihres Drittbeauftragten Oleg Schröder. Dieser sei lediglich für die Entleerung der Container verantwortlich, nicht jedoch für die Auswahl der Standorte und die Aufstellung der Container. Zudem enthalte das Gewerbezentralregister für die Klägerin als juristische Person sowie für ihren aktuellen Geschäftsführer keine Eintragungen. Die Sammlungsuntersagung könne auch nicht auf § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 2 KrWG i.V.m. § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 KrWG gestützt werden, weil der Sammlung keine überwiegenden öffentlichen Interessen im Sinne von § 17 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 KrWG entgegenstünden. Schließlich sei die ausgesprochene Sammlungsuntersagung unverhältnismäßig.

Der Beklagte hat die in Ziffer IV. des Bescheides vom 4. Juli 2017 enthaltene Zwangsgeldandrohung in Höhe von 5.000,00 Euro in der mündlichen Verhandlung aufgehoben und insoweit eine Kostenübernahmeerklärung abgegeben. Diesbezüglich

9 mb r 017 u lag 0 n

i n.

Z i r h
o i l i
n o i h i
i r s e s d
l - c l u s
v l e K l r l e D r l
i l h u i
M i n r u l ü
l u u n e n d e h , u i
g o u n l e z u ö i
h g g e s r o n i s a o i c
h s i t i e l i
l r f ü i G h s
c m

v i d r n l n
l l o i m
h d s il
s s e i w o l i
v l i

i n
n l l G c e r r 17 L 1
i s v g n g e e l g r o

E t s h i d u n g g ü n d

B i v o . u i 7) i i

haben, war das Verfahren in entsprechender Anwendung des § 92 Abs. 3 Satz 1 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) einzustellen.

B. Im Übrigen bleibt die Klage ohne Erfolg.

Die zulässige Klage ist unbegründet.

Der angefochtene Bescheid des Beklagten vom 4. Juli 2017 in der Fassung vom 29. September 2017 ist rechtmäßig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten, § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO.

I. Die Rechtmäßigkeit der ausgesprochenen Sammlungsuntersagung (Ziffer I. des Bescheides vom 4. Juli 2017) als Dauerverwaltungsakt ist auf der Grundlage des derzeit geltenden Rechts zu beurteilen,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 7. Mai 2015 – 20 A 2670/13 –, juris Rn. 46; OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 15. August 2013 – 20 A 2798/11 –, juris Rn. 32.

Ermächtigungsgrundlage für die vom Beklagten ausgesprochene Sammlungsuntersagung ist hier § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG (Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Anzeigenden oder der für die Leitung und Beaufsichtigung der Sammlung verantwortlichen Personen).

II. Der Bescheid ist formell rechtmäßig.

1. Der Beklagte hat als zuständige Behörde gehandelt. Er ist als untere Umweltschutzbehörde gemäß § 38 Abfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz – LAbfG –) i.V.m. § 1 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 3 Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) i.V.m. Teil A des Verzeichnisses zur ZustVU für den Vollzug des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zuständig.

Zwar kann vor dem Hintergrund verfassungsrechtlich gebotener Distanz und Unabhängigkeit des Staates die darin geregelte Zuständigkeit der Kreise und kreisfreien Städte problematisch sein, da diese als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach § 5 Abs. 1 LAbfG selbst Abfall sammeln (nur kreisfreie Städte, bei Kreisen ist die Sammlung und Beförderung hingegen grundsätzlich den kreisangehörigen Gemeinden übertragen, § 5 Abs. 6 Satz 1 LAbfG) oder zumindest für dessen Verwertung verantwortlich sind (§ 5 Abs. 2 LAbfG) und ggf. zugleich am Anzeigeverfahren betreffend gewerbliche/gemeinnützige Abfallsammlungen beteiligt werden, § 18 Abs. 4 Satz 1 KrWG.

Ein derartiges „Neutralitätsgebot“ des Staates folgt zumindest aus dem Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz (GG), und zwar als Teil des Gebotes eines fairen Verfahrens,

vgl. BVerwG, Urteil vom 18. März 2009 – 9 A 39.07 –, juris Rn. 24.

Insoweit mag eine vollständige Trennung der Zuständigkeiten (untere Umweltschutzbehörde und öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger) wünschenswert sein, sie bildet aber keine notwendige Voraussetzung für die gebotene Distanz und Unabhängigkeit. Eine Behörde mit Doppelzuständigkeit hat als Teil der öffentlichen Verwaltung in beiden ihr übertragenen Funktionen dem Gemeinwohl zu dienen, ist an Recht und Gesetz gebunden und untersteht exekutiver Aufsicht. Angesichts dessen ist eine neutrale Aufgabenwahrnehmung durch sie jedenfalls dann in einer rechtsstaatlichen Anforderungen genügenden Weise gesichert, wenn behördenintern für eine organisatorische und personelle Trennung beider Aufgabenbereiche gesorgt ist,

vgl. BVerwG, Urteil vom 11. Juli 2017 – 7 C 36.15 –, juris Rn. 18; BVerwG, Urteil vom 18. März 2009 – 9 A 39.07 –, juris Rn. 24; OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 26. Januar 2016 – 20 A 318/14 –, juris Rn. 27; OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 7. Mai 2015 – 20 A 2670/13 –, juris Rn. 37; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 20. Januar 2014 – 20 B 669/13 –, juris Rn. 7; VG Düsseldorf, Beschluss vom 27. November 2014 – 17 L 2471/14 –, juris Rn. 22; VG Düsseldorf, Urteil vom 7. Oktober 2014 – 17 K 2897/13 –, juris Rn. 34 ff.; VG Düsseldorf, Urteil vom 8. April 2014 – 17 K 8550/12 –, juris Rn. 58 ff.; VG Düsseldorf, Beschluss vom 21. März 2013 – 17 L 260/13 –, juris Rn. 17.

Dabei ist von einer solchen Trennung dann auszugehen, wenn behördenintern unterschiedliche Einheiten und Sachbearbeiter für die Erfüllung der Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger einerseits bzw. untere Umweltschutzbehörde andererseits zuständig sind und zumindest die unmittelbaren Vorgesetzten der Sachbearbeiter nicht personenidentisch sind,

vgl. VG Düsseldorf, Urteil vom 27. März 2015 – 17 K 529/14 –, juris Rn. 51; VG Düsseldorf, Beschluss vom 4. März 2015 – 17 L 2733/14 –, juris Rn. 24; VG Düsseldorf, Urteil vom 24. Februar 2015 – 17 K 4877/13 –, juris Rn. 65; VG Düsseldorf, Urteil vom 5. März 2015 – 17 K 6920/14 –, n.v.; VG Düsseldorf, Urteil vom 6. März 2015 – 17 K 8213/13 –, n.v.; VG Düsseldorf, Beschluss vom 27. November 2014 – 17 L 2471/14 –, juris Rn. 24; VG Düsseldorf, Urteil vom 7. Oktober 2014 – 17 K 2897/13 –, juris Rn. 34 ff.; VG Düsseldorf, Beschluss vom 19. April 2013 – 17 L 440/13 –, juris Rn. 10 ff.; VG Düsseldorf, Beschluss vom 21. März 2013 – 17 L 260/13 –, juris Rn. 13 ff.; VG Düsseldorf, Beschluss vom 8. Mai 2013 – 17 L 585/13 –, juris Rn. 9 ff.

Nach Maßgabe dieser Kriterien war eine organisatorische und personelle Trennung der Aufgabenbereiche der unteren Umweltschutzbehörde und des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers im Zeitpunkt des Erlasses des streitgegenständlichen Bescheides bei dem Beklagten gegeben; diese besteht auch im Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung. Innerhalb des Dezernats III (Bauen und Umwelt) der Verwaltung des Beklagten werden die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers durch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung 70/E1 Abfallbetrieb des Kreises Viersen wahrgenommen (Betriebsleiter: Andreas Budde und Rainer Röder), während die Funktion der unteren Umweltschutzbehörde von der Abteilung 66/2 Abfall, Bodenschutz, Altlasten des Amtes für Technischen Umweltschutz und Kreisstraßen (Abteilungsleiter: Dr. Bernd Steinweg) ausgeübt wird. Mit der Sachbearbeitung bezüglich der Fertigung von Stellungnahmen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers zu gewerblichen Sammlungen im Kreisgebiet des Beklagten ist bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung 70/E1 Frau Kleinermanns betraut. Die Sachbearbeitung für den Vollzug des

... n ...

... i ... r ... o ...
... n ... i ... v ...
... N ... n ...

... u ... - ... i ...
... ll ... r ...

... n ...
... r ... i ...

... 22. ... 7 ...
... h ...

... ic l' ... u ... ch ...
... i ... n ... n ...
... ll ...

v ... 1 ... n ... lg ... i ... ch ...
... vom 26 a ... -20 318 1 - ...

... in ... er ...
... n ... u ...
... 1 ...

... IV u ... e ...
... c i ... vo ... J ... or ...

... d ... vo ...
... ni 2 7 ... n ... he S ... l ... n ...
... ch ... l ... ß ...

... i Vo s ... u e ... S 2 Al ... si ...
... h ... ru ... r ...

... nk ... v ... ssi ... s n ...
... ch i ... l ... v ... i ...

1. Es begegnet keinen rechtlichen Bedenken, dass der Beklagte die gewerbliche Sammlung der Klägerin erst nach Ablauf der in § 18 Abs. 1 KrWG normierten dreimonatigen Anzeigefrist untersagt hat. Denn § 18 Abs. 1 KrWG normiert keine Entscheidungsfrist für die zuständige Abfallbehörde. Vielmehr ist diese auch nach Ablauf der Dreimonatsfrist nicht gehindert, Anordnungen nach § 18 Abs. 5 KrWG zu treffen, um auf Umstände reagieren zu können, die – wie hier Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Anzeigenden – erst nach Fristablauf eintreten,

vgl. BVerwG, Urteil vom 11. Juli 2017 – 7 C 35.15 –, juris Rn. 18; BVerwG, Urteil vom 11. Juli 2017 – 7 C 36.15 –, juris Rn. 21.

2. Anzeigender ist der Träger der gewerblichen Sammlung, also die natürliche oder – wie hier – juristische Person, welche die Sammlung in eigener Verantwortung durchführt oder durchführen lässt,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 19. März 2014 – 20 B 881/13 –, n.v.; VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 16. Januar 2014 – 10 S 2273/13 –, juris Rn. 11; VG Düsseldorf, Urteil vom 27. März 2015 – 17 K 529/14 –, juris Rn. 66.

Der Anzeigende muss sich nach § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG das Verhalten der für die Leitung und Beaufsichtigung der Sammlung verantwortlichen natürlichen Personen zurechnen lassen. Diese sind nicht nur nach § 2 Abs. 5 EfbV diejenigen natürlichen Personen, die vom Träger der gewerblichen Sammlung mit der fachlichen Leitung, Überwachung und Kontrolle der durchgeführten Sammlung – insbesondere im Hinblick auf die Beachtung der hierfür geltenden Vorschriften und Anordnungen – bestellt worden sind, sondern darüber hinaus auch diejenigen Personen, die bestimmenden Einfluss auf die Durchführung der Sammlung ausüben,

vgl. VG Düsseldorf, Urteil vom 27. März 2015 – 17 K 529/14 –, juris Rn. 68; *Karpenstein/Dingemann*, in: Jarass/Petersen, KrWG, 2014, § 18 Rn. 75.

Die für die Leitung und Beaufsichtigung der Sammlung verantwortliche Person wird in vielen Fällen das Organ, der Geschäftsführer oder der Prokurist sein, kann aber auch der lokale Betriebs- bzw. Niederlassungsleiter sein,

vgl. VG Düsseldorf, Urteil vom 29. Januar 2016 – 17 K 3062/15 –, juris Rn. 51, 101; VG Düsseldorf, Urteil vom 27. März 2015 – 17 K 529/14 –, juris Rn. 70, 111.

3. Unzuverlässig im Sinne des § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG ist, wer nach dem Gesamteindruck seines Verhaltens nicht die Gewähr dafür bietet, die in Rede stehende Tätigkeit zukünftig ordnungsgemäß auszuüben. Handelt es sich bei dem Gewerbetreibenden um eine juristische Person, ist auf das Verhalten der für sie handelnden gesetzlichen oder rechtsgeschäftlichen Vertreter abzustellen. Deren (Un-)Zuverlässigkeit schlägt unmittelbar auf den Gewerbetreibenden durch,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 7. Mai 2015 – 20 A 2670/13 –, juris Rn. 58; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 11. Dezember 2013 – 20 B 444/13 –, juris Rn. 11.

Ob der Wortlaut des § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG einer einschränkenden Auslegung dahingehend bedarf, (bloÙe) Bedenken gegen die Zuverlässigkeit reichten für eine Untersagung nicht aus, es müsse vielmehr ein massives und systematisches Fehlverhalten „annähernd feststehen“,

vgl. in diesem Sinne OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 19. Juli 2013 – 20 B 122/13 –, juris Rn. 22 ff.,

weil eine Untersagung jedenfalls hinsichtlich gewerblicher Sammlungen regelmaÙig den Schutzbereich der Art. 12, 14 GG tangieren dürfte, kann offen bleiben. Denn in jedem Falle – gerade auch unter VerhaltnismaÙigkeitsgesichtspunkten – müssen in Ansehung, dass durch die Untersagung jedenfalls hinsichtlich gewerblicher Sammlungen regelmaÙig vorgenannte Grundrechte tangiert sein dürften, die Bedenken unabhängig von dem Grad ihrer Gewissheit ein so starkes Gewicht haben, dass sie, gemessen am Rang der Grundrechte und der Schwere des potentiellen Schadens, eine Untersagung im Einzelfall rechtfertigen,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 7. Mai 2015 – 20 A 2670/13 –, juris Rn. 64; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 19. Juli 2013 – 20 B 530/13 –, juris Rn. 4 ff., in diesem Sinne auch VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 5. Mai 2014 – 10 S 30/14 –, juris Rn. 11; VGH Bayern, Beschluss vom 2. Mai 2013 – 20 AS 13.700 –, juris Rn. 22 und 25.

Dies wird in der Regel nur der Fall sein, wenn sich der Gesamteindruck der Unzuverlässigkeit auf hinreichend aussagekräftige konkrete Tatsachen zurückführen lässt. BloÙe Vermutungen oder rein empirische Erfahrungssätze reichen hierfür nicht aus,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 7. Mai 2015 – 20 A 2670/13 –, juris Rn. 66

Es besteht indes keine Veranlassung, die Zuverlässigkeitsprüfung allein auf den Zuständigkeitsbereich der untersagenden Behörde zu beschränken und nur Tatsachen zugrunde zu legen, die dort zutage getreten sind. Denn die Zuverlässigkeit ist ein personenbezogenes Merkmal, kein regionales. RegelmaÙig dürfte sich ein Verhalten deshalb nicht stadt- oder kreisbezogen beurteilen lassen, insbesondere gibt es keinen Grund, warum die Manifestation nicht ordnungsgemaÙer Gewerbeausübung in einem Sammelgebiet etwa in einem Nachbarkreis von vornherein auÙer Betracht bleiben müsste,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 7. Mai 2015 – 20 A 2670/13 –, juris Rn. 67.

Das Verdikt über die Zuverlässigkeit, welches vom Gericht voll zu überprüfen ist, ist ein Wahrscheinlichkeitsurteil. Es muss bei prognostischer Betrachtung die Gefahr bestehen, dass es im Falle der weiteren Durchführung der Sammlung zu gewichtigen VerstoÙen gegen abfallrechtliche und sonstige im unmittelbaren Zusammenhang mit der Sammlung einschlägigen Vorschriften kommen wird,

v. G o n-W s l vom 15 7 3 5 O G n
W sc s .De 2 4/ Rn.

II
i

v. OVG o i es n sc vo 9. 3 5 3 - n R o VG
o h i en c uss o 9. Ju 3 B 60 /1 - s O o
sch vo J 3 6 3 ju R

u

l v (U i ü
2 i v , n
ri o l r
Z r i
l h i n ,
be i u v i
i im h , e
n o -
i i fü ie i e k
le r i
sic l i uve l . 2
E ll l ni 1
G , il e u r d n o l on
el
E c i r
c ic i n ()
l s h 2
n i n l
ssg i S ll il n
i e i u i l
il Z vo
n

l. OVG or i rtel a 20 20 0/1 , J 55 O No in
es , sc vo 9. J l B 60 /1 ju . 2

n n u i l l . 2 1. J t 1
e ne V n s z i e l sv r
n l r d M v n b lle (g v n
n n h lt l §
h l

1
m ti
2
ch
sr
OV ord i es U i o 20 VG
U e vo 97 i 29/ R C s ldo el O r 20
un i l t e n 3 1 d l a e n
so t n i s j d l a e n
lun h y e , a
s ad m n el A le (file) v u l
I r i
vg O N The W s e U i vo . 2015 0 26 3 Rn
o
llt v ö n ll o
vg VG le i s U i vo i 201 20 26 13 u R 7 O r
es le v 6 2 i 201 20 26 13 u R 7 O r
U er i s i n
h i d
u i
O No s en r tel om 7 20 2670 3 s R 83
e beg s uss om 5 ai 20 0 S 30 20 2670 3 s R 83
o d es e Be dn ss v 9 3 3 0 607 13 Jus be so O

Gewerbeuntersagung, wenn die Rechtsverstöße so häufig auftreten, dass sie auf charakterliche Mängel schließen lassen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden im Hinblick auf das ausgeübte Gewerbe begründen,

vgl. VG Düsseldorf, Urteil vom 27. März 2015 – 17 K 529/14 –, juris Rn. 90; Ehlers, in: Ehlers/Fehling/Pünder (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, Band 1, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 3. Auflage 2012, § 18 Rn. 56; Ennuschat, in: Tettinger/Wank/Ennuschat, GewO, 8. Auflage 2011, § 35 Rn. 75.

Dabei können sowohl – bei hinreichender Schwere – einzelne Verstöße eine Untersagung rechtfertigen, als auch eine Vielzahl kleinerer Gesetzesverletzungen, die jeweils für sich betrachtet keine ausreichende Grundlage für eine Untersagung bieten würden, wenn sie aufgrund ihrer Häufung einen Hang zur Nichtbeachtung geltender Vorschriften erkennen lassen,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 7. Mai 2015 – 20 A 2670/13 –, juris Rn. 72 ff.; VG Düsseldorf, Urteil vom 27. März 2015 – 17 K 529/14 –, juris Rn. 92; Karpenstein/Dingemann, in: Jarass/Petersen, KrWG, 2014, § 18 Rn. 77.

Da die Einholung von Sondernutzungserlaubnissen bzw. Einverständniserklärungen von Privaten nicht durch die Klägerin als juristische Person selbst geschehen kann, ist bezüglich des Wahrscheinlichkeitsurteils betreffend die Zuverlässigkeit in erster Linie auf die für die Leitung und Beaufsichtigung der Sammlung verantwortlichen Personen abzustellen.

4. Dies zugrunde gelegt, sind im maßgeblichen Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung ausreichende Tatsachen bekannt, aus denen sich nach wie vor die Unzuverlässigkeit der Klägerin im Sinne von § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG ergibt.

a) Es steht fest, dass die Klägerin selbst, ihre ehemaligen Geschäftsführer, Marcin Krzystof Durlo und Volker Kreiber sowie ihr ehemaliger Sammlungsverantwortlicher, Norbert Wolf, in der Vergangenheit unzuverlässig waren. Dies folgt aus den Urteilen des Verwaltungsgerichts Düsseldorf,

vgl. VG Düsseldorf, Urteil vom 2. September 2014 – 17 K 4202/13 –, juris; VG Düsseldorf, Urteil vom 2. September 2014 – 17 K 3552/13 –, juris; VG Düsseldorf, Urteil vom 22. September 2014 – 17 K 2730/13 –, juris; VG Düsseldorf, Urteil vom 7. Oktober 2014 – 17 K 2897/13 –, juris,

des Verwaltungsgerichts Köln,

vgl. VG Köln, Urteil vom 11. September 2014 – 13 K 7220/12 –, n.v.,

und des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen,

vgl. VG Gelsenkirchen, Urteil vom 10. Februar 2015 – 9 K 5640/12 –, juris; VG Gelsenkirchen, Urteil vom 24. Februar 2015 – 9 K 2302/13 –, n.v.; VG Gelsenkirchen, Urteil vom 24. Februar 2015 – 9 K 2303/13 –, juris.

vgl. BVerwG, Beschluss vom 11. November 2002 – 7 AV 3.02 –, juris Rn. 10 ff.; BVerwG, Beschluss vom 15. Dezember 2003 – 7 AV 2.03 –, juris Rn. 8 ff.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 31. Januar 2005 – 18 A 1279/02 –, juris Rn. 4; *Seibert*, in: Sodan/Ziekow, Verwaltungsgerichtsordnung, 4. Auflage 2014, § 124, Rn. 97, § 124a, Rn. 257.

b) An dieser Beurteilung hat sich auch im maßgeblichen Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung vor dem erkennenden Gericht im Ergebnis nichts geändert. Unter Berücksichtigung des Vorbringens im hiesigen Verfahren kann eine positive Zuverlässigkeitsprognose gegenwärtig (noch) nicht gestellt werden. Es ist auch weiterhin davon auszugehen, dass die Klägerin im Sinne von § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG derzeit (noch) unzuverlässig ist.

aa) War ein gewerblicher Sammler – wie hier – in der Vergangenheit unzuverlässig, ist für die Wiedererlangung der Zuverlässigkeit im Sinne von § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG grundsätzlich ein strenger Maßstab anzulegen. Insbesondere führt nicht schon der Umstand, dass nach Eintritt der Bestandskraft von gegenüber dem gewerblichen Sammler in der Vergangenheit erlassenen Untersagungsverfügungen keine weiteren Rechtsverstöße bekannt geworden sind, für sich zur Wiedererlangung der Zuverlässigkeit. Weiter ist zu berücksichtigen, dass einem Wohlverhalten des Betroffenen unter dem Druck laufender Untersagungsverfahren von vornherein ein allenfalls beschränkter Beweiswert zukommt,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2077/14 –, juris Rn. 8 ff.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2043/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2042/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2079/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 29. Dezember 2015 – 20 A 2012/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 714/15 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 835/15 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 785/15 –, n.v.

Sofern die festgestellte Unzuverlässigkeit in der Vergangenheit – wie hier – maßgeblich auf Verstößen gegen öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Erlaubnispflichten bei der Aufstellung von Altkleidersammelbehältnissen beruht, können derartige Verstöße in der Vergangenheit zwar mit zunehmender Zeitdauer ihre Aussagekraft für die erforderliche Prognose zukünftiger Zuverlässigkeit tendenziell einbüßen. Dies bedeutet indes nicht, dass insoweit ein fester zeitlicher Rahmen zwingend vorzugeben wäre, wonach Rechtsverstöße grundsätzlich nach einem Jahr als unbeachtlich angesehen werden müssten,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 29. Dezember 2015 – 20 A 2012/14 –, BA S. 7, n.v.

Für die Wiedererlangung der Zuverlässigkeit bedarf es vielmehr nachhaltiger und ernsthafter Veränderungen in personeller und sachlich-organisatorischer Hinsicht, die die Annahme rechtfertigen, dass der Betroffene zukünftig die Gewähr dafür bietet, sich bei der Durchführung gewerblicher Sammlungen in jeder Hinsicht rechtstreu zu verhalten. Haben die Rechtsverstöße in der Vergangenheit – wie im Falle der Klägerin – eine Vielzahl behördlicher Untersagungsverfahren und gerichtlicher Auseinandersetzungen nach sich

... i r IV ...

OVG o rhei - n sc vo m 201 - 20 2
VG Gö i U i vo 2, 2 3 ur 3

- ()
- ()

1 s
h ul i
l c ü i nz l h
hr rl, ()
2) i l l i
in in ar.

e a lg h e v k i uc
hli i
i (l. B
r l r
l K n
lun ri s
n tz h l
l ur h
i r l

v l r i
si n fl U s is u, i r k
l (G) e n l c r Voll i z G h j
(u 9 s 2) c i s
c s

v. VG D U vo 29 u 20 - 7 K 2 Rn 9 U
vom 2 8 / - Juni 1 n 1 29/ j n. 109, V sseldo IV o 1 U
l k u u f

seiner handelsrechtlich umfassenden Vollmacht zugleich eine für die Leitung und Beaufsichtigung der durchgeführten Sammlungen verantwortliche Person im Sinne von § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG,

vgl. VG Düsseldorf, Urteil vom 29. Januar 2016 – 17 K 3062/15 –, juris Rn. 101; VG Düsseldorf, Urteil vom 27. März 2015 – 17 K 529/14 –, juris Rn. 111.

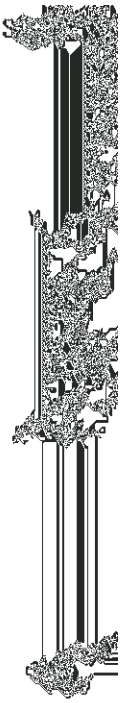
Folge dieses bestimmenden Einflusses auf die Unternehmenspraxis ist u.a., dass Herr Methling als Einzelprokurist neben dem unzuverlässigen Geschäftsführer Volker Kreiber, der die Geschäftsführung der Klägerin vom 5. September 2013 bis zum 18. Januar 2016 innehatte, mitverantwortlich dafür war, dass in den von der Klägerin in den Jahren 2014 und 2015 bei dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen anhängig gemachten Berufungszulassungsverfahren bewusst irreführende Angaben zur Verantwortlichkeit des gleichfalls unzuverlässigen ehemaligen Leiters der Niederlassung Bochum und späteren Abfallbeauftragten, Norbert Wolf, für das Sammlungsgeschehen der Klägerin gemacht worden sind. Diese bewusste Irreführung hat nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen wesentlich zur Annahme der fortbestehenden Unzuverlässigkeit der Klägerin beigetragen,

vgl. hierzu ausführlich: OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2077/14 –, juris Rn. 28 f.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2043/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2042/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2079/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 29. Dezember 2015 – 20 A 2012/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 714/15 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 835/15 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 785/15 –, n.v.

Soweit die Klägerin pauschal behauptet, Herr Methling sei in der Zeit seiner Tätigkeit als Einzelprokurist nach der internen Aufgabenverteilung nicht für die Leitung und Beaufsichtigung der von der Klägerin durchgeführten Sammlungen zuständig gewesen, hat sie dies nicht ansatzweise substantiiert belegt, weshalb dieses Vorbringen als verfahrensangepasste Schutzbehauptung zu werten ist.

Unabhängig davon ist eine nachhaltige und ernsthafte personelle Veränderung der verantwortlichen Personen bei der Klägerin auch deshalb nicht erkennbar, weil Herr Methling, nachdem er am 18. Januar 2016 erneut als Geschäftsführer der Klägerin bestellt wurde, keine unverzüglichen Konsequenzen aus der gerichtlich mehrfach festgestellten Unzuverlässigkeit des Mitarbeiters Norbert Wolf gezogen hat. Vielmehr war Herr Norbert Wolf unter dem Geschäftsführer Helmut Methling noch bis zum 30. Juni 2016, mithin nahezu ein halbes Jahr, als Abfallbeauftragter für die Klägerin tätig. Dies ergibt sich aus dem diesbezüglichen Vortrag der Klägerin im hiesigen sowie in dem vor dem Verwaltungsgericht Göttingen unter dem Aktenzeichen 4 A 345/15 geführten Verfahren,

vgl. VG Göttingen, Urteil vom 2. März 2017 – 4 A 345/15 –, juris Rn. 11, 36.



n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2079/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 29. Dezember 2015 – 20 A 2012/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 714/15 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 835/15 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 785/15 –, n.v.

So erfolgte die Bestellung des aktuellen Geschäftsführers Helmut Methling kurz nach Erlass der ablehnenden Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 22. Dezember 2015 und 29. Dezember 2015 in den die Urteile der Verwaltungsgerichte Düsseldorf und Köln betreffenden Berufungszulassungsverfahren. Die Entlassung des ehemaligen Leiters der Niederlassung Bochum und späteren Abfallbeauftragten Norbert Wolf erfolgte kurz nach Erlass der ablehnenden Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 6. Juni 2016 in den die Urteile des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen betreffenden Berufungszulassungsverfahren. Damit sind die vorgenannten Personalentscheidungen augenscheinlich taktische Reaktionen auf die durch das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen bestätigte Unzuverlässigkeit des früheren Geschäftsführers Volker Kreiber und des für die klägerischen Sammlungen verantwortlichen Mitarbeiters Norbert Wolf. Insbesondere die Entlassung Norbert Wolfs zum 30. Juni 2016 dürfte nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des zu diesem Zeitpunkt bereits vor dem Verwaltungsgericht Göttingen unter dem Aktenzeichen 4 A 345/15 anhängigen und gleichfalls die Zuverlässigkeit der Klägerin betreffenden gerichtlichen Verfahren erfolgt sein, um die Erfolgchancen der dort erhobenen Klage formal zu erhöhen. Es drängt sich demnach der Eindruck auf, die Klägerin passe ihre personellen Veränderungen stets der aktuellen, ihr günstig erscheinenden Prozesssituation an und glaube sich dem Verdikt einer fortbestehenden Unzuverlässigkeit dadurch entziehen zu können, dass sie sich personell für Leitungs- und Führungsaufgaben eines „Karussells“ aus altbekannten und mit dem Unternehmen eng verwobenen Personen bedient. Damit vermag sie indes nicht durchzudringen.

Hat die Klägerin nach alledem in personeller Hinsicht keine hinreichend nachhaltigen und ernsthaften Veränderungen vorgenommen, die eine Zäsur im Sinne eines Neuanfangs erkennen lassen, führen die – nach der Lesart der Klägerin – „alten“ Verstöße gegen öffentliches Straßenrecht und privatrechtliche Verfügungsbefugnisse, die bereits Gegenstand der Verfahren vor den Verwaltungsgerichten Düsseldorf, Köln und Gelsenkirchen sowie der Berufungszulassungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen waren, nicht zum Entfallen ihrer Unzuverlässigkeit. Es besteht insbesondere kein Anlass diese in der Vergangenheit liegenden Rechtsverstöße als erledigt zu betrachten. Denn die Klägerin sieht sich seit dem Jahr 2013 bis heute einer Vielzahl behördlicher Untersagungsverfahren ausgesetzt und führt diesbezüglich auch aktuell noch verwaltungsgerichtliche Verfahren (etwa das bei dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht zu dem Aktenzeichen 7 LB 71/17 anhängige Berufungsverfahren), so dass sich ein etwaiges Wohlverhalten der Klägerin in Gestalt bloßen Nichtauftretens weiterer Rechtsverstöße als zumindest maßgeblich dem behördlichen Druck und der gerichtlichen Auseinandersetzungen geschuldet erscheinen lässt und gerade kein Indiz für einen Gesinnungswandel darstellt,

vgl. hierzu OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2077/14 –, juris Rn. 34; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2043/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2042/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Dezember 2015 – 20 A 2079/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 29. Dezember 2015 – 20 A 2012/14 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 714/15 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 835/15 –, n.v.; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 6. Juni 2016 – 20 A 785/15 –, n.v.

Angesichts der vorgenannten, für die Zuverlässigkeitsbeurteilung weiterhin maßgeblichen Rechtsverstöße aus der Vergangenheit bedarf es letztlich keiner Entscheidung, ob die vom Beklagten in seinem Kreisgebiet festgestellten insgesamt 13 Verstöße gegen öffentliches Straßenrecht bzw. private Verfügungsbefugnisse im Ergebnis der Klägerin zuzurechnen sind. Insoweit handelt es sich um die Standorte Westring 107 in Tönisvorst auf dem Gelände der ehemaligen Tankstelle SVG-Nordrhein eG (1 Container, festgestellt am 28. Februar 2013), Süchtelner Straße in Viersen auf dem Gelände der Firma Aldi Süd (2 Container, festgestellt am 28. Februar 2013), Ernst-Moritz-Arndt-Straße/Ecke Gladbacher Straße in Viersen auf dem Gelände der Firma Kaiser's (4 Container, festgestellt am 2. Mai 2013), Sittarder Straße in Viersen (2 Container, festgestellt am 2. Mai 2013), Krefelder Weg 90-92 in Kempen (1 Container, festgestellt am 26. März 2014) sowie Gelderner Straße 104 in Tönisvorst (3 Container, festgestellt am 14. April 2015). Die Klägerin hat im hiesigen Verfahren bestritten, die Altkleidersammelcontainer an den vorgenannten Standorten aufgestellt zu haben und sich im Wesentlichen darauf zurückgezogen, die Container seien ihr wahrscheinlich gestohlen und von unbekanntem Dritten an den vorgenannten Standorten aufgestellt worden. Hinsichtlich des Sammelcontainers auf dem Krefelder Weg 90-92 in Kempen ist jedoch zu bemerken, dass – wie bereits ausgeführt – ausweislich der vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf und den anschließend bei dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen geführten Berufungszulassungsverfahren feststeht, dass dieser seinerzeit von Herrn Oleg Schröder aufgestellte Container der Klägerin zuzurechnen ist. Hinzu kommt, dass das Vorbringen der Klägerin, sämtliche der vorgenannten 13 Container seien ihr wahrscheinlich an unterschiedlichen Stellen im Bundesgebiet gestohlen worden, nicht nachvollziehbar ist. Denn es erscheint vollkommen lebensfremd anzunehmen, unbekannte Dritte hätten der Klägerin an unterschiedlichen Standorten im Bundesgebiet insgesamt 13 Altkleidersammelcontainer entwendet und diese dann gebündelt genau im Kreisgebiet des Beklagten wieder aufgestellt. Diese neuerliche Einlassung ist vielmehr ein weiteres Indiz dafür, dass ein nachhaltiger und ernsthafter Gesinnungswandel auch beim jetzigen Geschäftsführer der Klägerin nicht stattgefunden hat. Dies zeigt nicht zuletzt ihr Vorbringen im hiesigen Verfahren, wonach sie die gerichtlich rechtskräftig festgestellte abfallrechtliche Unzuverlässigkeit für die Vergangenheit bis heute nicht einräumt. Vielmehr lässt sie insoweit vortragen, der Sach- und Streitstand in den vor den Verwaltungsgerichten Düsseldorf, Köln und Gelsenkirchen sowie dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen geführten Verfahren rechtfertige den Vorwurf massiven und systematischen Fehlverhaltens bei der Aufstellung von Altkleidersammelbehältnissen nicht. Insoweit hätten die mit der Sache befassten Gerichte den Sachverhalt jeweils unzureichend gewürdigt. Diese Verharmlosung der in der Vergangenheit zu Tage getretenen massiven und systematischen Rechtsverstöße der

... j d ... u

(2) ... si ... h ... K ... u

... i ... hi ... v ... v ... z l ... i ... v ... ll

... n ... u ... ll ... r ... i ... h ... n ... u ... u

No er le n h
m iv a isc e sve ße ntl S
Ve n ni i e n he ll in
i ch ic
k isse i un r
u ng li spa l i
k n 'ch Kl n r u s d s i n
i j n
i ü l l r
i je orl
sp h l i
r l v n
n ng h b o in u r
l

g. OVG od W In Besc l o 016 2 A n O G
i J 20 6 2 v O d
c s vo 6 ni 1 20 7 /

r n u r r
l n t A i i n
er k 'sit i r l
V r s i i i n ß n l i
n b gs v un be ü e
n A i u ell v l l i o oxe i i h
in r de is s r p
ge d n l in i

i u l h i
l n h n
e i
ig vo v li n v
i V
wil l , r l r i
C i l h v li i i
v r i

v
i u
i
ö

vgl VG od in-Wes n Beschl ss o 11 Deze 1 20 643/1 n : V
sseldo ilvo 9. r 20 6- K 3 6 u's R 139; V U 27
20 1 29/1 uri

r l i e , d ss ri i
l gt n m lun un

i li n
1 D v
n l V u v

v OVG o ei s a , ei 7. ai 201 6 0/ 3 j s 2 G
sseldo U vo 29. J a 2016 7 K 6 R 2 Düsseldd i 2
r 20 - is R 3 VG se U i vo O o 01 - 289 /1
u 2

z c
17 .2 S N n o
e i l n sse n
G n hen

l i 1 l n
n wi i o ll n
o i r m Kr i bi t ek n i
or u u nt c ßi D i

Sammlungsuntersagung zu verstehen, der von der Ermächtigungsgrundlage des § 18 Abs. 5 Satz 2 Alt. 1 KrWG mitumfasst ist,

vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 17. Dezember 2015 – 20 A 1369/15 –, n.v.; VG Düsseldorf, Urteil vom 2. September 2014 – 17 K 4202/13 –, juris Rn. 34.

V. Die in Ziffer V. des Bescheides vom 4. Juli 2017 enthaltene Androhung der Ersatzvornahme für den Fall, dass die Klägerin der in Ziffer II. des vorgenannten Bescheides getroffenen Entfernungsanordnung nicht nachkommt, ist gemäß § 55 Abs. 4, § 57 Abs. 1 Nr. 1, § 59, § 63 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVG NRW) ebenfalls rechtmäßig.

Der Klägerin wurde eine angemessene Frist von zwei Wochen ab Zustellung des Bescheides zur Durchführung der Entfernungsanordnung gesetzt (§ 63 Abs. 1 Satz 2 VwVG NRW). Diese Frist ist ausreichend bemessen, um die nach ihren Angaben insgesamt 34 im Kreisgebiet des Beklagten aufgestellten Container zu entfernen. Die Androhung wurde angesichts der Anordnung der sofortigen Vollziehung des Bescheides zutreffend mit dem Grundverwaltungsakt verbunden (§ 63 Abs. 2 Satz 2 VwVG NRW). Ferner wurde die Ersatzvornahme als bestimmtes Zwangsmittel angedroht (§ 63 Abs. 3 VwVG NRW) und die voraussichtlichen Kosten der Ersatzvornahme mit 6.600,00 Euro beziffert (§ 63 Abs. 4 VwVG NRW).

C. Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 1, § 161 Abs. 2 Satz 1 VwGO. Hinsichtlich des für erledigt erklärten Teils des Verfahrens entsprach es der Billigkeit, die Kosten insoweit dem Beklagten aufzuerlegen, weil er die in Ziffer IV. des Bescheides vom 4. Juli 2017 enthaltene Zwangsgeldandrohung in der mündlichen Verhandlung aufgehoben und insoweit eine Kostenübernahmeerklärung abgegeben hat.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit folgt aus § 167 VwGO i.V.m. § 709 Satz 1 und 2 Zivilprozessordnung (ZPO).

Die Berufung war nicht nach § 124a Abs. 1 Satz 1 VwGO zuzulassen, da keiner der Gründe des § 124 Abs. 2 Nr. 3 und 4 VwGO vorliegt.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen dieses Urteil kann innerhalb eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf (Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf oder Postfach 20 08 60, 40105 Düsseldorf) schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen (Elektronische Rechtsverkehrsverordnung Verwaltungs- und Finanzgerichte – ERVVO VG/FG) vom 7. November 2012 (GV. NRW S. 548) die Zulassung der Berufung beantragt werden. Der Antrag muss das angefochtene Urteil bezeichnen.

Innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des vollständigen Urteils sind die Gründe darzulegen, aus denen die Berufung zuzulassen ist.

Die Berufung ist nur zuzulassen,

1. wenn ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des Urteils bestehen,
2. wenn die Rechtssache besondere tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten aufweist,

w e Rec che tz e Bede a
w as U e vo e e sc i ng s Obe a u gsg c s an Nordr
l des s u r s des Ge er O n G icht d des
o Bundesv ss sgerich s a i u d d Abweic ng ber t
n der Be g es u sg h r nder V ah n l t gemac
wid vorlegt dem n c he ka n.

D'e Beg s sow sie ni ber it de rag vo ge orde de Obe e ng
ge c f das La n We e eg iik ro 5 nste o os c 6 9 48033
ns er) sc lc i o isc e c ßgabe VVO VG G re che .

n entsche as c da nd he n W

l r u -u ssu re sc j Be c ei Bevo c i n
ve l sse . Is o c s d di 67 Sa a 2 s
beze c P rsonen nd O s o n so e dese gec st l Perso ge asse .

u sche P rso s o c Rec s i c ie c er on i n r ü hre e c
A g geb l Zusa ensc sse ne sc durc igene sc gte m g
Rc e o u Be c e g g c t a a d n o j n isc

so n des ö ic n Rechts nsc i ß r vo n zur l ng hre ö c
b de Zusa nsch sse ve e i l r de ch ßgabe vo 6 S 3
wGO V r t tu ber s sc bs v . Des gl n
du c e V r f ein wrd.

ie gssc Z lass gsbegrü ngssc ri sol ög c d a h e nger c rde
F l der e kt e nre'ch ng na ßgabe der VVO G/ G es i Absc

r

B s c h l u .

Der S r e w d u 0.000 00 Eu o stg etzt

G ü n d

se des S s u s (.
l un S l g n r iell e n l l
s Ge ich i de un ser es ns n Nr. 2.1
S we es r ie erwa u gsg ic sb 13 o i . n

ml g be un
e m l nge (100) z sti e , i die e n r g u
i ro e m e w n ihr rbn ung i v n
rtfes se ße B t blei n (.2 1 s
S el k l g D sprech nd rgib si i ö
l l n H h o 400 00 E u in r (e h n) G n vo % i
J re winn n H von 000,00 o

v z d' St pra s OVG N rd i es e sc l vo 9 i 20 3 - 0 122/ 3
j s Rn

ec rung:

Gegen n ertbesc uss an sc l'c in ektrische Fo ch Maßg de Verord ng ber e elektron'sch ech sve e r d Verwa ngsgeric en u den ge c m n Nordrhe n-W a (ektron'sc e Rec sv e ordn V ungs u ge hte - RVVO VG G) vo 7 ovember 20 2 (GV. S 548 od r iedersc des Ukund bea en de Gesc sse le be m V rwal sgerich sse dorf (39 2 3 se ode Pos ac 20 08 60 4010 D eldorf) Besc we de e' ge eg we übe das Ob e alt ngsge ch das a No n-Wes ale i s so de a s i r ch bgeh n rd.

ge ä u ge nnen oh g ne Bevo m c i e sc ch eri elekt onischer orm ac ßg be der ERVVO V G e ngere'c ode zu Pro ol der G schä ss l bgege we ; § 129a Zi esso dnung e c e d

e Besch e de s n r läss'g we n s rhab o sechs ona ei ge egt rd achde e nt- sche d g n a che ec ts e a r da Verfah ic a d i h ist r St eitwe s e se n ona vor a lese ris es gese o n a noch e ab ei Mo s c e oder formlose ung d s Fests u s c us e'ng e rde

ie Besc de is h gegebe n der e des Besc gege s ndes 200, E o ich ber

e Besch e desc r' sol mög c d ac e ngere'c r n. Fal der e onsc n re'c ng ch ßgabe er OVG/FG r f es ke'ne Absc e

er Beschwe er ohne se e ch lden ve inde ste n is i a a vo dem Ger'c t, das die Besc e e heide a ede'nse i o Stand ge hren e d'e Beschwerde bi nen zwe' ochen nac de Bese'g ng es nisses ei leg nd die T che we che die Wiedere'nsetz g begr gaubha ch. Nach Abla nes es vo dem nde de versä F sta ge ec a die iedere' e ung n t meh beant we de

Dr sken



e bi
ysch a
Verwalt ngsgeri besc
Is Urk n sbe t'nd Gesch sst e